

B e s c h l u s s

Strafsache gegen  
den Invaliden Gottfried B e c k e r, Mülkenau über Düren Nr. 39,  
geb. am 1.10.1896 in Ginnick, Deutscher, verheiratet  
wegen Brandstiftung.

-----  
Auf die Revision des Angeklagten  
gegen das Urteil der 1. Strafkammer des Landgerichts in Aachen  
vom 15. Januar 1948,  
hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Köln  
in der Sitzung vom 1. Juni 1948,  
an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Hillig  
als Vorsitzender  
Oberlandesgerichtsrat Roters  
Oberlandesgerichtsrat Deuster  
als beisitzende Richter  
Staatsanwalt Dr. Kasper  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,  
Justiz- Angest. Schnorrenberg  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Revision soll dem Obersten Gerichtshof für  
die Britische Zone zur Entscheidung vorgelegt  
werden.

G r ü n d e :

Das Ergebnis der mündlichen Verhandlung hat beim Senat erhebliche Bedenken hervorgerufen gegen die Folgerichtigkeit der Überlegungen, auf Grund deren die Strafkammer zu ihrer Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gelangt ist; die gezogenen Folgerungen erscheinen nicht frei von Widerspruch. Der Senat wäre aus dieser Auffassung heraus zur Aufhebung des Urteils und Rückverweisung der Sache an das Landgericht geschritten, wenn er sich nicht vor die Notwendigkeit einer Erörterung und Entscheidung der Frage der Idealkonkurrenz zwischen Verletzung des deutschen Gesetzes und derjenigen des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 gestellt gesehen hätte. Denn er neigt zu der Annahme, dass die dem Angeklagten zur Last gelegte Verfehlung nicht nur den Tatbestand der Brandstiftung verwirklichte, sondern zugleich auch einen Verstoß gegen Art. II, 1 c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 enthalte. Die Verurteilung einer Stellungsnahme zur Frage der

12

Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Frage der Idealkonkurrenz in einem aufhebenden Urteil gibt dem Senat Anlass, die Revision, ebenso wie n.Zt. die Sache NUmM - Ss 181/47, Beschluss vom 13.4.1948 - gemäss § 35 der VO. zur Durchführung der MRVO. Nr. 98 vorzuliegen. Der Senat wünscht an der im genannten Beschluss unter Bezugnahme auf seine Entscheidung JMBI. NRW. 1947 S. 111 ff. niedergelegten Ablehnung der Anwendung der Vorschriften über die Idealkonkurrenz festzuhalten, solange nicht eine in oben genannter Sache etwa ergangene gegenteilige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vorliegt.

Zusätzlich zu den früher gemachten Ausführungen bemerkt der Senat noch folgendes: Es ist gegenüber der durch den Wortlaut des Art. II der VO, der Mil.Regierung Nr. 47 gebotenen Auslegung, dass dem deutschen Richter ein Wahlrecht eingeräumt sei in Bezug auf die Anwendung des deutschen oder des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, argumentiert worden, es sei mit dem Wunsch und Willen der Mil.Regierung, das in diesem Gesetz verkörperte Rechtsdenken zu möglichstster Geltung zu bringen, eine so weitgehende Begünstigung der bei dem deutschen Richter vorauszusetzenden Neigung, dem heimischen Recht den Vorzug zu geben, nicht vereinbar und es könne die Wahl nicht seinem "auf Willkür hinauslaufenden Ermessen" anheimgestellt sein. Dem lässt sich entgegenhalten, dass jenem gesetzgeberischen Willen und dem Geltungsanspruch jenes Rechtsdenkens kein Abbruch geschieht, wo bereits das deutsche Gesetz dem Unrechtsgehalt der Tat gerecht wird, und dass dieser Gedanke auch gerade in der Bestimmung des Art. II der MRVO. 47 Ausdruck findet. Wenn in Verlautbarungen der Mil.Reg. einzelner Länder die Auffassung zu Tage tritt, es sei § 73 StGB. anzuwenden, so steht das so sehr in Widerspruch mit dem Wortlaut der genannten von der Zentralstelle der Britischen Mil.Reg. herrührenden Willensbekundung, dass sich darauf eine entgegenstehende Auslegung nicht gründen lässt.

gez. Hillig  
zugleich für den beurlaubten  
Oberlandesgerichtsrat Roters.

gez. Deuster



Angefertigt  
Jüngst  
als Landesschatzmeister der Geschäftsstelle